

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Joachim Paul (AfD)

### Aussagen des Bundesministers des Innern zu medizinischen Abschiebungshindernissen

Aus Medienberichten geht hervor, dass Ärzte durch „zweifelhafte“ (d. h. nicht fachgerechte) Atteste Abschiebungen verhindert haben – diese Praxis soll gegenwärtig noch in größerem Umfang zu verzeichnen sein (Quelle: [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umstrittene-atteste-wenn-aerzte-die-abschiebung-verhindern/14589570.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umstrittene-atteste-wenn-aerzte-die-abschiebung-verhindern/14589570.html)).

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Ärzte „zweifelhafte“ Atteste mit dem Ziel ausgestellt haben, Abschiebungen zu verhindern, bzw. hinauszuzögern? Wenn ja: Wie viele dieser Fälle sind der Landesregierung aus den Jahren 2015 und 2016 aus Rheinland-Pfalz bekannt?
2. Hat die Landesregierung zu berufsständischen Organisationen, z. B. Ärztekammern, Kontakt aufgenommen, um das Thema anzusprechen und aufzuklären? Wenn ja: In welcher Art und Weise wurde welche berufsständische Organisation angesprochen?
3. Was gedenkt die Landesregierung gegen die o. g. Praxis zu unternehmen?
4. Hat die Landesregierung die Absicht, entsprechende Überprüfungen von bzw. Ermittlungen gegen Ärzte und Arztpraxen in Rheinland-Pfalz mit dem Ziel zu veranlassen, solche Fälle aufzudecken?
5. Was kann die Landesregierung konkret unternehmen, um solche Fälle aufzudecken und aufzuklären?

Joachim Paul